



Regierungsratsbeschluss vom 02. Juli 2024

Schriftliche Anfrage Andrea Strahm betreffend Einführung einer Meldestelle für Antisemitismus, Rassismus, interreligiöse Konflikte und Radikalisierung an Basler Schulen

P245182

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Das Erziehungsdepartement toleriert grundsätzlich keine diskriminierenden Äusserungen und Handlungen. Die Schulsozialarbeit (SSA) erfasst als niederschwellige Anlaufstelle alle Diskriminierungsvorfälle, mit denen sie betraut ist, systematisch und verweist bei Bedarf an weitere Beratungs- und Meldestellen. Die Anlaufstelle Radikalisierung bei der Kantonspolizei Basel-Stadt bietet den Schulen niederschwellige Unterstützung und Beratung in Fragen zu Radikalisierung, gewaltsamen Extremismus und Gewaltprävention. Zudem erarbeitet das Erziehungsdepartement aktuell gemeinsam mit dem Präsidialdepartement und unter Einbezug einer Expertin einen Leitfaden zum Thema «Umgang mit Vielfalt». Deshalb möchte der Regierungsrat keine zusätzliche Meldestelle für Antisemitismus, Rassismus, interreligiöse Konflikte und Radikalisierung an Schulen schaffen.

